

Das Bündnis zur Rettung von Nirosta steht

WIRTSCHAFT Belegschaft des Edelstahlproduzenten will am Freitag auf die Straße gehen.

Von Jürgen Heimann

Das Alternativkonzept zur Rettung des Nirosta-Standortes in Benrath steht. Klaus Kost hat es mit seiner Firma Projekt Consult GmbH (PCG) ausgearbeitet und verspricht: „Wir sorgen dafür, dass die Arbeit in Benrath gesichert wird – unter Marktbedingungen.“

Details wollte der Essener, der auch Professor an der Ruhr-Uni Bochum ist, gestern Abend im Bürgerhaus Benrath während der Gründung eines „Bürgerbündnisses“ zur Rettung von Nirosta nicht nennen. Zuerst sollen die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat informiert werden, dann die Vorstände.

Dem Management von Nirosta stellte Kost, der vom Betriebsrat beauftragt wurde, die Pläne der Geschäftsfüh-

rung zur Abwanderung des Werks nach Krefeld zu überprüfen und Alternativen auszuloten, ein klägliches Zeugnis aus: 250 Millionen Euro würden zur Verlagerung eingesetzt, die Produktivität werde aber nicht steigen. „Was ist das für ein erbärmliches Unternehmenskonzept.“

Auch das alternative Konzept würde Arbeitsplätze kosten

Nun sollen die Zahlen von PCG eine Kehrtwende beschieren. Doch Kost nahm der Belegschaft eine Illusion. „Nur die Käseglocke drüber stülpen geht nicht.“ Auch sein Konzept werde Arbeitsplätze kosten. Allerdings nicht, wie laut IG Metall geplant, fast 400. Viel hänge auch vom neuen Thyssen-Vorstand Heinrich Hiesinger ab. „Es ist die Frage, ob wir von ihm Un-

terstützung bekommen oder Gegenwind.“

IG-Metall-Geschäftsführer Nihat Öztürk beschwor die Belegschaft, jetzt die Ärmel hochzukrempeln. „Wir müssen kämpfen.“ Für Unterstützung dabei sorgt ein Bürgerbündnis, das sich aus Vertretern der Politik, der

Evangelischen Kirche, der Einzelhändler und der Gewerkschaft zusammensetzt.

Erstmalig will die Belegschaft morgen auf die Straße gehen. Der Demonstrationzug zieht im Anschluss an eine Betriebsversammlung gegen 15 Uhr zum Markt zu einer Kundgebung.



Nihat Öztürk (re.) von der IG Metall beschwor die Nirosta-Belegschaft, für ihren Arbeitsplatz zu kämpfen. Foto: Judith Michaelis